

Vertrag
zum Versand von Postzustellungsaufträgen (PZA)

zwischen der

AOK Niedersachsen. Die Gesundheitskasse.
vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch das Mitglied des Vorstands, Frau Sandra Kuwatsch
Hildesheimer Straße 273, 30519 Hannover

- nachfolgend „AOKN“ und „Auftraggeber“ -

und der

- nachfolgend „Auftragnehmer“ -

§ 1 Vertragsbestandteile

- (1) Bei etwaigen Widersprüchen gilt folgende Reihen- und Rangfolge:

Anlagennummer	Beschreibung
B02	Leistungsbeschreibung
B03	Preisblatt
B04	Formblatt für Bieterfragen
B05	Erklärung zur Bildung einer Bietergemeinschaft
B06	Dritt- und Nachunternehmerverzeichnis
B07	Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers
B08	Eigenerklärung RUS Sanktion
B09	Referenzen
B10	Unternehmensangaben
B11	Datenschutzbestimmungen
	Die VOL/B

- (2) Allgemeine Geschäfts- oder Vertragsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

§ 2 Vertragsgegenstand

Der Auftraggeber vergibt in dem Vergabeverfahren 2026-023-SH den Versand von Postzustellungsaufträgen wie in Anlage B02 (Leistungsbeschreibung) konkretisiert.

§ 3 Leistungspflichten

- (1) Sämtliche Leistungspflichten sind in der Anlage B02 (Leistungsbeschreibung) sowie den Bieterfragen der Ausschreibung (Anlage B04) konkretisiert und ausgeführt. Die nachfolgende Darstellung der Leistungsinhalte ist nur in Verbindung mit der Anlage B02 umfassend.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur täglichen Abholung von Montag bis Freitag mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Postzustellung gemäß § 2 Nr. 3 S.1 und 2 Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV), es wird auf Ziffer 3.1.5 von Anlage B02 mit einer Zustellung E+ 4 verwiesen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Sendungen entsprechend Anlage B02 zu frankieren und freizumachen.
- (4) Im Fall einer verspäteten Zustellung (nicht innerhalb der in Abs. 2 definierten Zeiten) tritt ohne Mahnung des Auftraggebers der Verzug des Auftragnehmers ein.

- (5) Nicht zustellbare Briefsendungen sind unter Angabe des Grundes für die Nichtzustellung unverzüglich zurückzusenden (spätestens 10 Werktage nach erfolgloser Zustellung) an den Absender lt. Absenderangaben auf dem Brief.

§ 4 Weitere Vertragspflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm übertragenen Arbeiten mit fachlicher und kaufmännischer Sorgfalt nach bestem Wissen und Gewissen durchzuführen.
- (2) Der Auftragnehmer benennt der AOKN für die Vertragslaufzeit feste Ansprechpartner, die die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung koordinieren. Die Ansprechpartner des Auftragnehmers inklusive der Kontaktinformationen sind unmittelbar nach Zuschlagserteilung mitzuteilen.
- (3) Unterauftragnehmer, die für den Auftragnehmer Daten des Auftraggebers verarbeiten, dürfen vom Auftragnehmer nur mit vorheriger, schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers eingeschaltet werden. Dies gilt auch für Konzerntöchter. Für bereits bei Zuschlag in Anlage B06 benannte Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt.
- (4) Sofern ein oder mehrere Unterauftragnehmer Daten des Auftraggebers verarbeiten, muss der Auftragnehmer angeben, welche Leistung(en) von welchem Unterauftragnehmer ausgeführt werden und alle Unterauftragnehmer sind entsprechend der Datenschutzvereinbarungen des Hauptauftragnehmers (B11) zu verpflichten.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Ausführung des Auftrags die zur Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Dauer, in der sie in Ausführung des öffentlichen Auftrags oder der Konzession tätig sind, mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die die jeweils einschlägige Rechtsverordnung nach § 5 Bundestariftreuegesetz festsetzt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, von Nachunternehmern und von dem Auftragnehmer oder von Nachunternehmern beauftragten Verleihern zu verlangen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Nachunternehmer und von dem Auftragnehmer oder von Nachunternehmern beauftragte Verleiher ihre im ersten Absatz genannten Pflichten erfüllen.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Einhaltung des Bundestariftreuegesetzes gem. § 9 Bundestariftreuegesetz zu dokumentieren insb. durch Lohnabrechnungen, Arbeitsverträge, Arbeitsauszeichnungen. Aus den Unterlagen muss sich nachvollziehbar und glaubhaft ergeben, wie lange der jeweilige Arbeitnehmer des

Auftragnehmers an der Leistung mitgewirkt hat. Die Dokumentation ist auf Verlangen an den Auftraggeber oder die Prüfstelle Bundestariftreue unverzüglich auszuhändigen.

§ 5 Optionale Leistungen

- (1) Der Auftraggeber hat die Option, den Druckstandort einmal während der Vertragslaufzeit zu einem anderen Standort in einem Radius von 100 Kilometern Luftlinie um den bisherigen Druckstandort zu verlegen. Diese Optionsausübung erfolgt für den Auftraggeber kostenneutral.
- (2) Der Auftraggeber hat zweimal die Option, die Abholzeiten zu ändern, die erste Optionsausübung ist für den Auftraggeber kostenneutral, bei der zweiten wird die Vergütung im Verhältnis der Mehrkosten angepasst, soweit der Auftragnehmer die sich durch die geänderte Abholzeit ergebenden Kosten nachvollziehbar darlegt.
- (3) Die Optionen sind in Textform mit einem Vorlauf von mindestens 3 Wochen auszuüben.

§ 6 Vergütung, Rechnungsstellung

- (1) Die Vergütung wird in der Anlage B02 und dem Preisblatt (Anlage B03) grundsätzlich abschließend geregelt. Hiermit sind sämtliche Leistungen abgegolten. Das Verfahren für eine Preisanpassung ist in § 6 abschließend geregelt.
- (2) Die in Anlage B02 genannten Preise sind Pauschalpreise, sämtliche für die Leistungserbringung notwendigen Leistungen und Nebenleistungen sind mit der in Anlage B02 festgelegten Vergütung vollständig abgegolten.
- (3) Die Abrechnung erfolgt monatlich durch Stellung einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung. Die AOKN wird eine ordnungsgemäße und prüffähige Rechnung innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt ausgleichen. Für eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung ist die Rechnung pro Kostenstelle (= Abholstelle) zu stellen und hat mindestens folgende Kriterien für die AOKN nachvollziehbar darzulegen:
 - Rechnungsdatum
 - Rechnungsnummer
 - Kundennummer
 - Abrechnungszeitraum
 - pro Abholtag
 - pro Kostenstelle (Abholstelle = Kostenstelle)
 - nach Menge
 - je Format / Produkt

Zu ihrer Fälligkeit muss die Rechnung im Wortlaut folgende Anschrift enthalten:

AOK Niedersachsen – Die Gesundheitskasse.
UB Post- und Digitalisierungscenter
Rechnungsbearbeitung
Frau Lundershausen
30142 Hannover

Verzögerungen aufgrund nicht ordnungsgemäßer Rechnungsstellung gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

- (4) Jede Rechnung muss elektronisch an Post-Kurier-Dienstleistungen@nds.aok.de gestellt werden.
- (5) Im Falle der Überzahlung kann sich der Auftragnehmer gegenüber der AOKN nicht auf den Einwand der Entreicherung nach § 818 Absatz 3 BGB berufen.
- (6) Bei nicht nachvollziehbaren oder fehlenden Daten auf der Rechnung (Preise, Mengen etc.) ist der Auftraggeber berechtigt, Rechnung mangels Fälligkeit, bis zur Klärung zurückzuhalten. Der Auftragnehmer nennt hierzu eine zentrale Reklamationsstelle, die per Telefon, Mail oder per Ticketsystem erreichbar ist. Rechnungsreklamationen werden vom Auftragnehmer innerhalb von 10 Tagen nach Eingang der Reklamation aufgeklärt.
Sonderleistungen sind separat und nachvollziehbar auf der Rechnung auszuweisen.
Der Auftraggeber kann jederzeit in einem zumutbaren Umfang die Aufnahme neuer Rechnungsinhalte verlangen, ohne dass hierdurch ein Vergütungsanspruch des Arbeitnehmers entsteht.

§ 7 Preisanpassung

- (1) Die angebotenen Preise sind für die Vertragslaufzeit fix. Eine Preisanpassung ist ausschließlich unter folgenden Voraussetzungen möglich:
 - Soweit sich die Lohnkosten des Auftragnehmers aufgrund einer Änderung des gesetzlichen oder tariflichen Mindestlohns erhöhen, kann der Lohnkostenanteil der vereinbarten Vergütung in demselben prozentualen Verhältnis angepasst werden. Der Lohnkostenanteil und die Höhe des bislang gezahlten Stundenlohnes an der Gesamtvergütung müssen auf Verlangen der AOKN der dem Angebot beigefügten Urkalkulation entnommen werden können. Anderenfalls ist eine Preisanpassung mangels Nachvollziehbarkeit ausgeschlossen.

- Weiterhin ist der Auftragnehmer im Falle einer nicht kalkulierbaren Kostensteigerung (z.B. Entgelt-Erhöhen der Deutschen Post) berechtigt, eine Preisanpassung mit dem Auftraggeber zu verhandeln. Eine Preisanpassung ist erstmalig zum 01.09.2027 möglich. Ein entsprechendes Preisanpassungsverlangen ist mit 4 Wochen Vorlauf in schriftlicher und nachvollziehbarer Form zu stellen.
- (2) Die Änderung der Vergütung wird frühestens mit Geltung der neuen Umsatzsteuer, des geänderten Mindestlohns oder der Entgelt-Erhöhen der Deutschen Post und nach Zustimmung durch den Auftraggeber wirksam. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber mindestens 4 Wochen vor Inkrafttreten der Vergütungsänderung schriftlich zu unterrichten.

§ 8 Vertragsstrafe

- (1) Wenn der Auftragnehmer die Zustellzeiten gem. Anlage B02 nachweisbar nicht einhält oder die Reklamationsbearbeitung nicht wie in Anlage B02 festgelegt eingehalten wird, hat der Auftraggeber das Recht, für jeden Einzelfall eine pauschalierte Vertragsstrafe in Höhe von 100 € netto zu fordern.
- (2) Diese Vertragsstrafe ist auf maximal 5 % der Gesamtauftragssumme zum Zeitpunkt der Geltendmachung der Vertragsstrafe begrenzt.
- (3) Bei einem wiederholten Verstoß innerhalb eines Quartals erhöht sich der pauschalierte Schadenersatz auf 200 € netto für jeden Einzelfall innerhalb des relevanten Quartals.
- (4) Der Auftragnehmer hat bei einem von der Prüfstelle Bundestariftreue gem. § 13 Bundestariftreuegesetz festgestellten Verstoß gegen das Bundestariftreuegesetz eine angemessene Vertragsstrafe in Höhe von 1 Prozent, bei mehreren Verstößen maximal 10 Prozent des Auftragswertes zu zahlen.
- (5) Es bleibt dem Auftragnehmer unbenommen, jeweils eine niedrigere Schadenshöhe nachzuweisen. Der Auftraggeber kann nach entsprechendem Nachweis eine höhere Schadenssumme fordern.
- (6) Die Geltendmachung von pauschalen Vertragsstrafen berührt die weiteren vertraglichen und gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Auftraggebers nicht.
- (7) Die Vertragsstrafe kann nicht gefordert werden, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass die Vertragsstrafe einzig auf ein Verschulden des Auftraggebers zurückzuführen ist. Nach der Forderung der Vertragsstrafe,

hat der Auftragnehmer die Möglichkeit, darzulegen, dass es sich um einen Einzelfall handelte und ausreichende Maßnahmen getroffen wurden, um eine erneute Pflichtverletzung ausschließen zu können. Die AOKN hat daraufhin zwei Wochen Zeit die Vertragsstrafenforderung zurückzunehmen oder aufrecht zu erhalten. Erfolgt keine Reaktion der AOKN wird die Vertragsstrafenforderung aufrechterhalten. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall dem Auftraggeber eine Gutschrift in Höhe der Vertragsstrafe zu erteilen und auf ein von dem fachlichen Ansprechpartner der AOKN zu nennendes Konto innerhalb von 10 Werktagen nach Kontonennung zu überweisen.

§ 9 Ansprechpartner

- (1) Fachlicher Ansprechpartner der AOKN ist:

Claudia Lundershausen

GFB IT und Prozesse
UB Post- und Digitalisierungscenter
Hessenstr. 1, 30855 Langenhagen
Telefon: 0511 8701-15985
E-Mail: claudia.lundershausen@nds.aok.de

- (2) Ansprechpartner der AOKN für Vertragsanpassungen/-änderungen ist:

Vertragsmanagement der AOK Niedersachsen

E-Mail: Vertragsmanagement@nds.aok.de

- (3) Störungsmanagement / Ansprechpartner in jedem Fehlerfall

UB Post- und Digitalisierungscenter

(Post-Kurier-Dienstleistungen@nds.aok.de)

- (4) Weitere Ansprechpartner des Auftraggebers können in Textform festgelegt werden.
- (5) Neben einer telefonischen Information ist eine Benachrichtigung des Auftraggebers per E-Mail für einen Zugang der Information zwingend erforderlich.
- (6) Der Ansprechpartner des Auftragnehmers ergibt sich aus Anlage 3.

§ 10 Haftung/Ersatzbeauftragung

- (1) Der Auftragnehmer haftet gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Sofern eine Leistungsverpflichtung durch den Auftragnehmer schuldhaft nicht erbracht wird und sich der Auftragnehmer im Leistungsverzug befindet, kann die AOKN eine Ersatzbeauftragung durchführen und die Kosten der Ersatzbeauftragung dem Auftragnehmer in Rechnung stellen. Ein Verzug liegt insbesondere in den Fällen der verspäteten Zustellung gem. § 2 Abs. 2 vor. Die Grundsätze der Schadensminderungspflicht finden für die Ersatzbeauftragung Anwendung.

§ 11 Geheimhaltung und Datenschutz

Die Parteien treffen die in Anlage zu diesem Vertrag genannten Datenschutzbestimmungen (Anlage B11). Im Fall eines Widerspruchs gelten die Datenschutzbestimmungen vorrangig vor den Regelungen des Vertrages.

§ 12 Vertragslaufzeit / Kündigung

- (1) Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.09.2026 und endet mit Ablauf des 31.08.2028.
- (2) Der Auftraggeber hat zweimal die Option, den Vertrag um jeweils 12 Monate zu verlängern. Die Option ist in Textform mit einem Vorlauf von sechs Monaten auszuüben. Der Vertrag endet spätestens nach 4 Jahren mit Ablauf des 31.08.2030, ohne dass es einer vorherigen Kündigung bedarf.
- (3) Die AOKN kann – abgesehen von den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen – das Vertragsverhältnis, insbesondere in folgenden Fällen, außerordentlich fristlos kündigen, wenn
 - der Auftragnehmer nicht mehr über die notwendige Lizenz verfügt;
 - der Auftragnehmer wiederholt gegen gesetzliche oder vertragliche datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt;
 - das Reklamationsmanagement trotz Abmahnung nicht in vereinbarter Weise durchgeführt wird;
 - der Auftragnehmer den vereinbarten Qualitätssicherungsgesprächen fernbleibt und deswegen abgemahnt wurde;
 - der Auftragnehmer, welcher Mehrwertsteuerbefreite Dienstleistungen anbietet, für diese Dienstleistungen aufgrund einer Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen

Mehrwertsteuer abführen muss und sich hierdurch das Entgelt der Dienstleistung erhöht;

- der Auftragnehmer trotz Abmahnung die geforderte Zustellqualität nicht erreicht;
- über das Vermögen einer Partei das Insolvenzverfahren eröffnet, oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wird, oder das Unternehmen des Auftragnehmers liquidiert wird;
- der Auftragnehmer oder sein gesetzlicher Vertreter die Vermögensauskunft nach § 802c ZPO abgegeben hat;
- die in der Ausschreibung genannten Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Auftragnehmers nicht mehr erfüllt werden, insbesondere der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Zahlung von Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen nicht nachkommt;
- der Auftragnehmer wesentliche Vertragspflichten trotz Abmahnung nachhaltig verletzt, so dass der AOKN eine Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zuzumuten ist.
- bei Verstößen des Auftragnehmers gegen die Bestimmungen des Arbeitnehmerentendengesetzes, insbesondere gegen die Verpflichtung zur Zahlung des jeweils gültigen gesetzlichen oder tariflichen Mindestlohnes;
- bei einem Verstoß des Auftragnehmers gegen Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, sofern dieser im Zusammenhang mit der Vergabe des vorliegenden Auftrags steht, oder
- bei einer groben Gefährdung des Vertragszwecks durch den Auftragnehmer,
- das Reklamationsmanagement trotz Abmahnung nicht in vereinbarter Weise durchgeführt wird
- der Auftragnehmer, welcher mehrwertsteuerbefreite Dienstleistungen anbietet, für diese Dienstleistungen aufgrund einer Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen Mehrwertsteuer abführen muss und sich hierdurch das Entgelt der Dienstleistung erhöht;
- der Auftragnehmer trotz Abmahnung die geforderte Zustellqualität nicht erreicht

- Bei einer wiederholten und/oder schwerwiegenden Verletzung der Datenschutzbestimmungen.
 - Im Fall eines von der Prüfstelle Bundestariftreue gem. § 13 Bundestariftreuegesetz festgestellten Verstoßes gegen das Bundestariftreuegesetz.
- (4) Die AOKN ist ferner im Falle einer Fusion mit einer anderen Krankenkasse zur außerordentlichen Kündigung berechtigt. In diesem Fall kann die AOKN binnen sechs Monaten nach Wirksamwerden der Fusion die außerordentliche Kündigung des Vertragsverhältnisses mit dem Auftragnehmer erklären. Die Kündigungsfrist beträgt in diesem Fall drei Monate ab dem letzten Kalendertag des Monats, an dem die Kündigungserklärung bei dem Auftragnehmer eingegangen ist
- (5) Dem Auftraggeber steht ein Sonderkündigungsrecht für den Fall zu, dass ihm die Durchführung des Vertrages oder die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer aufgrund einer gesetzlichen Änderung, einer aufsichtsbehördlichen Anordnung oder einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung untersagt wird. Dieses Sonderkündigungsrecht kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende ausgeübt werden.
- (6) Der Auftraggeber hat außerdem ein Sonderkündigungsrecht für den Fall, dass er mit einer anderen Krankenkasse fusioniert. Die Kündigung kann innerhalb einer Ausübungsfrist von 6 Monaten ab Wirksamwerden der Fusion erklärt werden. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate zum Monatsende. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall Anspruch auf Entschädigung in Höhe von pauschal 2.500 EUR für jeden bis zur Gesamtlauzeit fehlenden Monat. Weitergehende Ersatzansprüche – gleich welchen Rechtsgrundes – bestehen nicht. Dem Auftraggeber steht ein Sonderkündigungsrecht bei einem Verstoß gegen die datenschutzrechtlichen Festlegungen zu.
- (7) Dem Auftraggeber steht ein Sonderkündigungsrecht für den Fall zu, dass ihr die Durchführung des Vertrages oder die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer aufgrund einer gesetzlichen Änderung, einer aufsichtsbehördlichen Anordnung oder einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung untersagt wird. Dieses Sonderkündigungsrecht kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende ausgeübt werden.
- (8) Die Kündigungserklärung hat schriftlich zu erfolgen.
- (9) Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers infolge einer durch ihn zu vertretenden außerordentlichen Kündigung sind ausgeschlossen. Gleiches gilt im Falle der Ausübung des Sonderkündigungsrechts nach Absatz 3 dieses Rahmenvertrags. Das Recht zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch die AOKN bleibt unberührt.

§ 13 Antikorruptionsklausel

- (1) Die AOKN ist zur fristlosen Kündigung des Vertrags berechtigt, wenn Mitarbeiter der AOKN oder ihnen nahestehende Personen (insbesondere solche i.S.d. § 11 Absatz 1 Ziffer 1 StGB) für die Vergabe dieses Auftrags oder die Vermittlung, Weitergabe und/oder Erteilung von entgeltlichen Aufträgen, die in irgendeinem Zusammenhang mit diesem Vertrag stehen, Geschenke oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar durch den Auftragnehmer, seine Erfüllungsgehilfen oder Subunternehmer angeboten, versprochen oder gewährt (insb. §§ 333, 334, 263 StGB) bekommen. Dem stehen Handlungen von Personen gleich, die von diesen beauftragt oder mit ihrem Wissen und Willen für diese tätig sind.
- (2) Unter Vorteil im Sinne der Absatz 1 sind unentgeltliche Zuwendungen zu verstehen, auf der Empfänger keinen gesetzlich begründeten Anspruch hat und die ihm materiell oder auch immateriell objektiv besserstellen. Unentgeltlich ist eine Zuwendung auch dann, wenn zwar eine Gegenleistung erfolgt, diese aber in keinem angemessenen Verhältnis zur gewährten Leistung steht. Als sonstige Vorteile gelten auch Entgelte für die Nebentätigkeit eines Beschäftigten der Vertragsparteien, wenn die Nebentätigkeit nicht genehmigt ist. Nicht zu den Vorteilen gehören die Zuwendung geringwertiger Werbeartikel oder Leistungen, wie im redlichen Geschäftsverkehr mit öffentlichen Auftraggebern den Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmanns entsprechen.
- (3) Im Falle einer Kündigung gemäß Absatz 1 hat der Auftragnehmer der AOKN jeglichen Schaden zu ersetzen, der der AOKN unmittelbar oder mittelbar durch den Verstoß gegen die vorstehenden Bestimmungen entsteht. Sofern die AOKN keinen höheren Schaden nachweist, ist eine Pauschale in Höhe von 10 Prozent des bis zur Kündigung erzielten Nettoauftragsvolumens, mindestens jedoch 25.000,00 Euro an die AOKN zu zahlen. Im Kündigungsfall kann der Auftragnehmer eine Vergütung nur für bereits erbrachte und nicht zurückzugewährende Leistungen verlangen. Der Auftragnehmer stellt die AOKN von allen Ansprüchen Dritter frei, die durch das vertragswidrige Verhalten mittelbar oder unmittelbar benachteiligt worden sind.
- (4) Die Absätze 1 bis einschließlich 4 gelten entsprechend, wenn sich der Auftragnehmer hinsichtlich des vorliegenden Auftrags an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung im Sinne des Gesetzes gegen die Wettbewerbsbeschränkungen beteiligt, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Errichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) sowie über die Festlegung von Preisen getroffen hat (insbesondere § 298 StGB).

§ 14 Sonstige Bestimmungen

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Parteien werden in diesem Fall die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahekommt.
- (2) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.
- (3) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Gerichtsstand für etwaige Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Hannover. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN Kaufrechts.

Ort, Datum

Ort, Datum

AOKN

Auftragnehmer